

Uni- statt Bankenmilliarde!

In der kapitalistischen Logik ist es schlecht, wenn viele junge Menschen studieren wollen. Um die Unis zu leeren, wird der Zugang daher ständig erschwert. Um Proteste zu verhindern, werden Studierendengruppen gegeneinander ausgespielt. Doch dass das Geld für einen Ausbau des Bildungssystems da wäre, zeigen die Milliarden, die u.a. in die Hypo fließen.

Seite 2

Hongkong: Demokratiebewegung

Am 31. August hat die chinesische Regierung neue restriktive Regeln für die kommenden Wahlen in Hongkong beschlossen. Sally Tang Mei-Ching von Socialist Action (CWI in Hongkong) erklärt die Aufgaben der Demokratiebewegung und warum nur eine Massenbewegung in ganz China die Einparteidiktatur besiegen kann.

Seite 12

Schwerpunkt

Sinkende Wahlbeteiligung, totaler Vertrauensverlust in „die Politik“ und eine Suche nach Alternativen: Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie steckt in einer tiefen Krise.

Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP)
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 232 | 10.2014

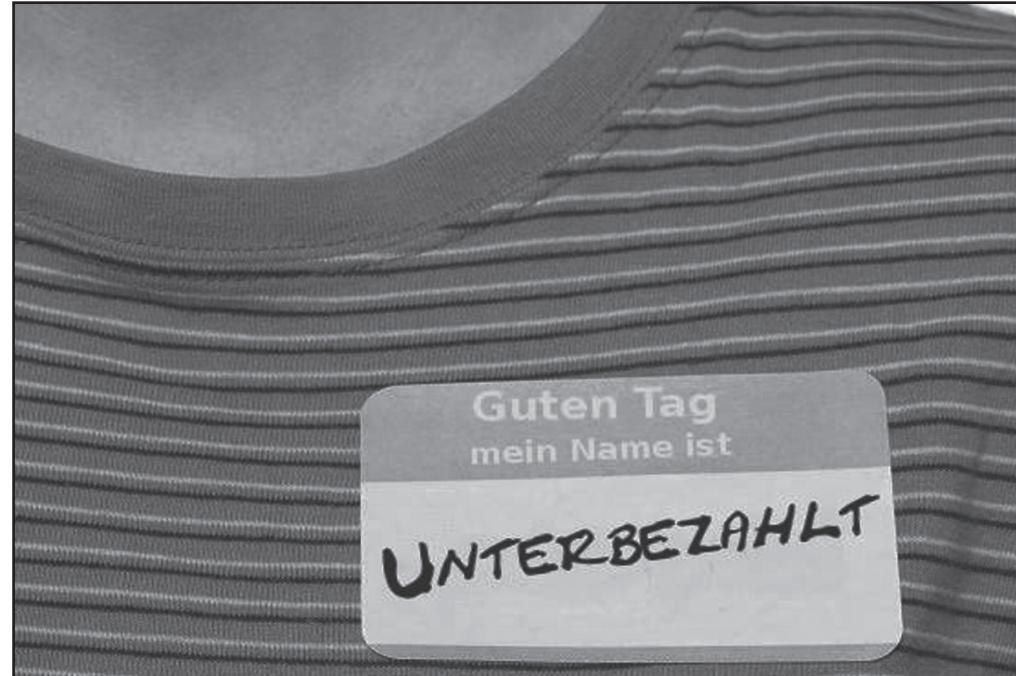
Löhne rauf -

Arbeitszeit runter!

Für einen immer größeren Teil der österreichischen Beschäftigten reicht das Einkommen zum Auskommen längst nicht mehr. Die Politik kommentiert das geradezu zynisch, das Schlimmste sei bis jetzt abgewendet worden, jetzt müssen wir aber den Gürtel enger schnallen. Mit „wir“ sind aber weder PolitikerInnen noch Banker und Konzernchefs gemeint. In den Händen der Firmen befinden sich genug nicht investierte Finanzreserven. Trotzdem sinken die Löhne und werden Stellen abgebaut!

Partnerschaftlich aber sicher nicht sozial wer-

Inflation wenn überhaupt die Waage. Dieses Jahr sind die Wachstumsraten der Wirtschaft erneut nach unten korrigiert worden. Es ist keine Kristallkugel notwendig, um zu sehen, welche Argumentation die KV-VerhandlerInnen für ein abermaliges schlechtes Abschließen bei den Verhandlungen nutzen werden: Wieder einmal ging es der Wirtschaft zu schlecht und wieder einmal ist leider kein Spielraum für Lohnerhöhungen dagewesen. Das Motto: Zähne zusammenbeißen und darauf hoffen, dass es die Lohnsteuerkampagne des ÖGB



Machen wir den ÖGB wieder zu unserer Gewerkschaft. Dafür ist Druck von unten notwendig!

den die KV-VerhandlerInnen aus ÖGB und Wirtschaft auch bei den diesjährigen Lohnrunden dafür sorgen, dass das so bleibt. In den letzten Jahren hielten sich Lohnerhöhungen und

schon richten wird.

Gleichzeitig droht eine Arbeitszeit-Verlängerung (!) in Form des 12 Stundentages. Der ÖGB ist in Worten dagegen, in KV-Verhandlungen hat er in

der Vergangenheit bereits zugestimmt, könnte es auch jetzt wieder tun. In Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit zeigt das, dass sich die Gewerkschaftsführung den Bedürfnissen der Wirtschaft unterordnet! Klassenkampf ist schon lange aus dem Vokabular des ÖGB verschwunden und wird auch nicht durch das Feigenblatt der Lohnsteuerkampag-

ne ersetzt. Echter Widerstand kann nur von unten kommen und muss Druck auf die Gewerkschaftsführung machen. Nur wenn wir uns in Dienststellen und Betrieben organisieren und die Gewerkschaft nicht der abgehobenen Führung überlassen, können wir echte Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erkämpfen.

Stefan Reifberger

Die SLP fordert:

- Von unten organisierte Kampfmaßnahmen statt sozialpartnerschaftlicher Kompromisse!
- Einführung eines Mindestlohns von wenigstens 1700 Euro brutto!
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden wöchentlich bei vollem Lohn und Personalausgleich!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Ich heiße Sonja, war früher in der Sozialistischen Jugend (SJ) aktiv und bin Sozialistin. Sonja Ablinger ist bekannt als Linke, als Kämpferin, als Vertreterin von Frauenanliegen. Der Wunsch der SPÖ-Führung, eine unbedeckte Mahnerin loszuwerden war so groß, dass sie bereit war, viele Frauen (und auch Männer) wütend zu machen. Nein, ich bin nicht Sonja Ablinger – aber was würde ich tun, wenn ich an Sonja Ablingers Stelle wäre? Wer daran glaubt, dass die SPÖ wieder zurückgewonnen werden kann, braucht einen Plan. Sonja Ablingers Bekanntheit lässt sich nutzen, um die we-

Wenn ich Sonja Ablinger wäre...

nigen Linken in der SPÖ zusammenzufassen. Denn bis jetzt gibt es zwar Linke in der SPÖ, aber keine Parteilinke. Der Aufbau eines linken Flügels wird durch eine Gallionsfigur erleichtert. Eine Parteilinke braucht auch ein Programm. Die Quote ist dafür zu wenig. Bei sozialen Fragen zeigt sich die neoliberalen Realität der SPÖ.

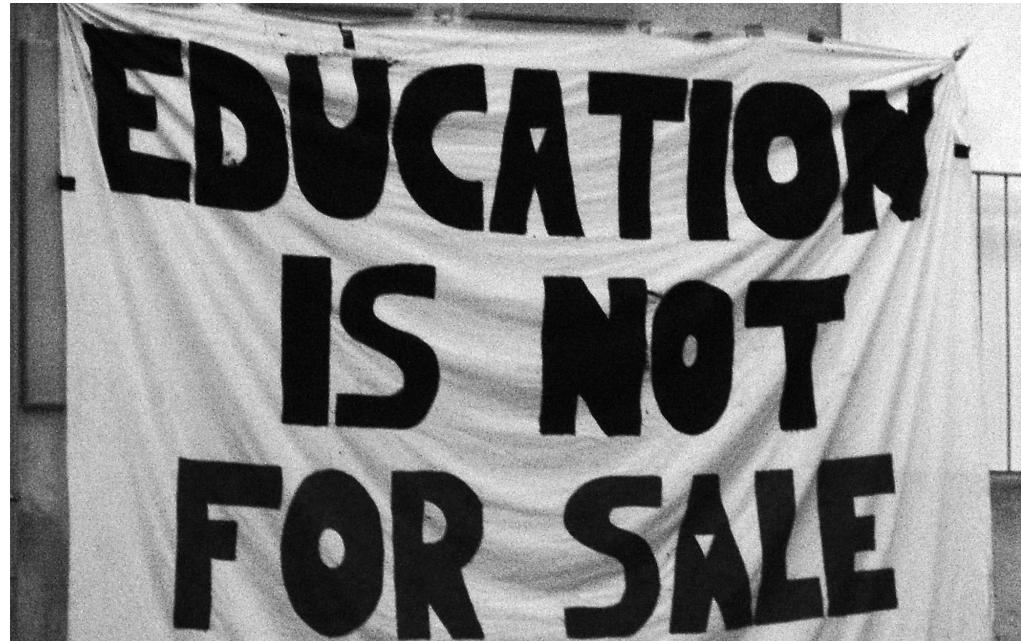
Frauen werden vom Sozialabbau besonders betroffen. Eine sozialistische Frauenkämpferin, die z.B. das Thema 12-Stunden-Tag aufgreift, kann ein Krisenpunktpunkt für eine echte Kampagne einer neuen Parteilinken sein. Anstatt zurückzutreten (was nach einem kurzem medialen Leuchtfieber nur der Parteführer nützt) sind Positionen zu nutzen, um einer organisierten Parteilinken zusätzlich Aufmerksamkeit zu verschaffen. Eine solche Parteilinke muss auch für Positionen in der Partei kämpfen. Eine Parteilinke muss aber auch ihre Ziele und ihre Kampagnen bilanzieren. Und wenn sie sieht, dass ihre inhaltlichen Ziele im Rahmen der SPÖ Fremdkörper sind, dass die Partei sich trotz zahlreicher Versuche nicht nach links, sondern weiter nach rechts entwickelt – dann muss sie irgendwann die Konsequenz ziehen. Und so, wie es auch linke SPÖlerInnen in Deutschland gemacht haben, sich am Aufbau einer neuen linken Partei beteiligen. Das würde ich tun, wenn ich Sonja Ablinger wäre.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto.-Nr. 8812.733

Ist die "Deutschenschwemme" schuld an der Bildungsmisere?

Seit ein paar Jahren haben die Medien die „Schulden“ an der Bildungskrise entdeckt: die Deutschen. Doch deutsche Studierende (und die aus anderen EU-Staaten) sind nicht schuld an der Misere (dazu sind sie auch zuwenige). Sie kommen nach Österreich, weil die finanziellen und sonstigen Rahmenbedingungen für Studierende aus wenig begüterten Familien dort noch schlimmer sind. Richtig ist das Argument, dass Österreich

alleine nicht die ganze europäische Bildungsmisere stemmen kann. Falsch ist die „Lösung“, dass Österreich nachzieht und seine Studienbedingungen genauso verschärft. Eine solche Spirale nach unten schadet auch all jenen österreichischen Studierenden, die nicht aus reichen Familien kommen! Nötig ist der gemeinsame Kampf für mehr Geld für Bildung und für sozialere Studienbedingungen in ganz Europa.



Uni- statt Bankenmilliarde!

Die Uni geht los und Tausende zittern, ob sie durch die Zugangshürden kommen oder die verlangte Zahl von ECTS-Punk-

Wie können wir die Zahl der Studierenden verringern? Die Universität steht eben keineswegs außerhalb der kapitalistischen

In der kapitalistischen Logik ist es schlecht, wenn viele junge Menschen studieren wollen.

ten erreichen werden, um Beihilfen nicht zu verlieren. Dass immer mehr junge Menschen studieren wollen und können, ist etwas Gutes – sollte man meinen. Und obwohl ein Studium immer noch oft ein Privileg für Kinder aus bürgerlichen Familien ist, kreisen die Berichte um eine „drohende Überfüllung der Unis“. Zentral wird die Frage gestellt:

Logik. Für Staat und Wirtschaft besteht ihre Funktion darin, Nachwuchskräfte für Führungspositionen in der kapitalistischen Wirtschaft zu formen. Dafür sollen wirtschaftlich uninteressante Fächer (Stichwort Internationale Entwicklung) zurückgedrängt, die Studiendauer verkürzt und die Zahl der Studierenden soweit reduziert, wie die Wirt-

schaft den nötigen Nachschub decken kann. Um die politisch gewollten Verschärfungen des Studienbetriebes zu rechtferigen, werden verschiedene Studierengruppen gegeneinander ausgespielt. Da ist dann von einer „Überflutung“ durch deutsche Studierende die Rede, die den anderen die Studienplätze wegnehmen, und davon, dass die wachsenden Unis nicht mehr finanziert werden. Doch wie die in die Hypo-Rettung gepumpten Milliarden beweisen, ist das Geld sehr wohl da, und umfassende Bildung für alle wäre mühelos bezahlbar, wenn politischer Druck von unten sie erzwingt. Diesen Druck gilt es aufzubauen!

Fabian Lehr

Wir fordern: Zehn Milliarden für Bildung und Soziales

Österreich investiert rund 17 Milliarden Euro/Jahr ins Bildungssystem – allein 2013 sollen knapp 90 Millionen eingespart werden. Für die Hypo-Rettung waren 19 Milliarden verfügbar. Wir fordern zusätzliche zehn Milliarden für Bildung und Soziales, denn beides ist untrennbar verbunden: Nur in einer Gesellschaft, in der der Lebensunterhalt aller gesichert ist, können auch junge Leute ohne reiche Eltern sorgenfrei studie-

ren. Natürlich profitieren auch Reiche vom kostenlosen Uni-Zugang. Doch sie können durch hohe Einkommens- und Vermögensbesteuerung zur Kasse gebeten werden. Ein Studium darf kein Privileg für Kinder wohlhabender Familien sein, sondern muss ein selbstverständliches Recht aller sein. Gesamtschule und freier Unizugang sind Instrumente, um mehr Kinder aus Arbeiterfamilien an die Unis zu bringen.





Schöner lügen mit SPÖ/ÖVP!

Fröhliches Sesselrücken auf der Regierungsbank. Es gab Rücktritte, zuletzt von Michael Spindelegger. Der fürchtete ein Ein-

schen, Lohnabhängige und Arbeitslose halten sie sich noch bedeckt. Aber sie kommen – „braucht“ die Wirtschaft doch Geld an-

Ein Jahr ist die neue, alte SPÖ/ÖVP Regierung jetzt schon im Amt. Eine Bilanz gebrochener Versprechen.

knicken seiner Partei bei der Steuerpolitik. Soll heißen: Er wollte eigentlich viel drastischere Angriffe auf ArbeitnehmerInnen als bisher durchgebracht. Der Karren der Regierung steckt fest. „Alte Sozialpartnerschaft“ geht wegen der Wirtschaftskrise nicht mehr. Über die neuen Angriffe auf junge Men-

gesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation. Fragt man Menschen danach, ob sie sich noch an die Versprechen aus dem Wahlkampf erinnern können, kriegt man meist ein Achselzucken oder ein am Kopf kratzen. „Versprechen? Gab's sowas überhaupt?“ sagen manche. Und viele andere: „Von den

PolitikerInnen erwarte ich mir eh nichts!“

Im Wahlkampf plakatierte die SPÖ überall „Arbeit“, „Pensionen“, „Wohnen“. „Das sind die Sachen, die sie uns später wegnehmen oder kürzen wollen,“ dachten sich damals nicht Wenige. Und richtig. Die Koalition mit der ÖVP, deren Hauptwahlkampfversprechen die „Entfesselung der Wirtschaft“ war, kam der SPÖ dann auch gerade Recht als Entschuldigung fürs Brechen der Versprechen.

Ihn ihrem Wahlprogramm schrieb die SPÖ: „Oberstes Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, um eine möglichst hohe Beschäftigung zu erreichen.“ Jeden Monat steigt die Arbeitslosigkeit

auf ein neues Rekordhoch. Besonders junge Menschen sind betroffen. Und während es immer schwieriger wird, einen Job zu kriegen und diesen auch zu behalten, steigen die Mieten weiter an.

Diese Regierung hat uns nichts Gutes gebracht. Wir haben auch in Zukunft nichts von ihr oder einer anderen Kombination von etablierten Parteien zu erwarten. Für bessere Lebensbedingungen müssen wir selber kämpfen. Dafür müssen wir uns organisieren. Deshalb tritt die SLP für eine neue kämpferische Partei mit soziaлистischem Programm für ArbeitnehmerInnen, Jugendliche und Erwerbslose ein.

Christian Bunke

Wahlversprechen gebrochen

Arbeitslosigkeit: Auch wenn die Regierung es noch so schönfarbt. 350.000 gemeldete Arbeitslose (in Wirklichkeit sind es noch viel mehr!) in Österreich sind ein Armutzeugnis für die gescheiterte Arbeitsmarktpolitik der Regierung. Vor allem Jugendliche sind betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr um 12% gestiegen. Die „Lösung“ der Regierung sind neue Schikanen für Arbeitslose.

Wohnungsnot: Im Wahlkampf versprach man die Senkung der Wohnkosten durch die Ankurbelung des geförderten Wohnbaus. Das ist Einsparungen zum Opfer gefallen. War anfangs noch von 276 Millionen Euro Wohnbauförderung für 14.000 neue Wohnungen die Rede, kamen am Ende nur 180 Millionen dabei raus. Dabei braucht allein die Hauptstadt Wien in den nächsten Jahren Zehntausende neue Wohnungen...

Mindestlohn: 1.500 Euro Mindestlohn versprach die SPÖ. Man wolle die Gewerkschaften bei der Erkämpfung desselben unterstützen. Doch zu sehen ist davon nichts. Stattdessen kommen neue Angriffe, die von SPÖ Mitgliedern in den Gewerkschaftsspitzen mitgetragen werden. Ganz vorne mit dabei „der 12-Stunden Tag“. Die SPÖ missbraucht den ÖGB um ihre Angriffe gegen die Beschäftigten leichter durchzubringen.

Unsichere Jobs: Vor der Wahl lamentierten PolitikerInnen über die Zunahme unsicherer Jobs. Gefordert wurde ein Ende von „All In“-Verträgen und unbezahlten Praktika. Passiert ist nichts. Von einem Recht auf unbefristete Jobs war im SPÖ Wahlprogramm gar nichts zu lesen. Kein Wunder. Schließlich ist ein immer größerer Anteil der Jobs im öffentlichen Dienst inzwischen befristet was v.a. Junge trifft.

Der rechte Rand

Die Grauen Wölfe gelten als Kern des türkischen Rechtsextremismus. Ihr Erkennungszeichen sind drei Halbmonde, die Viele auch als Kette tragen. Sie sind verbunden mit der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), die größte rechte Opposition gegen die AKP. Sie sind aber deutlich radikaler und gewaltbereiter. Mit Morden an Kurden, AlevitInnen und Linken verbreiteten sie besonders in den 90er Jahren, aber bis heute Terror auch in Österreich.

Besonders in Deutschland und Österreich sind die Wölfe in sogenannten „Idealistenvereinen“ präsent, die jedoch oft nicht als rechtsextrem erkannt werden. Im Gegenteil: offiziell als Sport- und Kulturvereine geführt, werden sie sogar staatlich mitfinanziert. Täglicher Rassismus und Perspektivlosigkeit führen bei vielen, gerade jüngeren MigrantInnen zu einer gefährlichen Radikalisierung: Auf einer Demo in Wien 2011 wurde ein Kebap-Geschäft der Türkis Kette angegriffen, weil die Besitzer Kurden sind. 2013 fanden Solidaritätsdemos zu den Taksimplatz-Protesten unter anderen in Salzburg statt. Auch dort fand man Graue Wölfe, die die kurdischen und/oder linken TeilnehmerInnen provozieren wollten. Im März desselben Jahres wurde in Hannover ein kurdischer Infostand angegriffen. Diesen März tauchte ein Rapsong aus Ried auf YouTube auf, in dem junge Graue Wölfe mit Pistolen posieren. Im April gab es eine Großveranstaltung im Gasometer in Wien, organisiert von der MHP-nahen Avusturya Türk Federasyon (ATF). Außenstehenden wurde der Zugang verweigert.

1934: Der heroische Streik der asturischen ArbeiterInnen. Sie zeigten, dass Widerstand gegen Faschismus notwendig und möglich ist. Anlass war ein Regierungsbündnis der rechten Radikalen Partei und der rechtsextremen CEDA. Die ArbeiterInnen wollten einem Schicksal wie in Deutschland und Österreich entgehen und entschlossen sich zu kämpfen. Die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik am 4. Oktober auf. Während der Protest in anderen Teilen Spaniens schnell einen Niedergang erfuhr, wurde in Asturien weiterkämpft. Es entstand die Asturische Kommune. Sozialistische Bergleute stürmten

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

Polizeikasernen und schafften es bis zum 6. Oktober, die Provinzhauptstadt Oviedo einzunehmen. Fabriken und Felder wurden enteignet und gemeinschaftlich durch die Wahl von Komitees verwaltet. Geleitet wurde der Aufstand vor allem durch Gewerkschaften und AnarchistInnen. Zum ersten Mal gab es Ansätze einer Einheitsfront, in welcher ArbeiterInnen parteiübergreifend kämpften. Jedoch weitete sich der Aufstand nicht auf ganz Spanien aus. Zudem verweigerten die Gewerkschaften in Oviedo AnarchistInnen aus Gijon und Aviles die nötige Unterstützung. Letztendlich verloren die ArbeiterInnen. Die brutale Reaktion der Regierung (5.000 Ermordete und 30.000 Verhaftete) macht deutlich, wie der Aufstand die Herrschenden in Bedrängnis brachte. Die Asturische Kommune zeigt aber auch, dass gemeinsamer Widerstand gegen Faschismus notwendig und möglich ist.

Lukas Kastner

Unternehmen versuchen es erneut

„Arbeit“ plakatierte die SPÖ noch im Nationalratswahlkampf, um dann im Regierungspakt einen Vorstoß in Richtung Verlängerung der erlaubten Maximalarbeitszeit auf 12 Stunden zu machen. Es war bereits ein Erfolg des Bündnisses gegen den 12h-Tag, das die SLP initiiert hat, dass es auf gesetzlicher Ebene (noch) nicht beschlossen wurde. Die Gewerkschaftsführung hatte aber „Kompromissbereitschaft“ erkennen

bleibt die lange Arbeitszeit trotzdem: „In Urlaubszeiten bzw. bei Krankenständen war es bei uns üblich, anstatt wie sonst 5 mal 8 Stunden zu arbeiten, sondern 4 mal 12. Der frei gewordene Freitag war zwar theoretisch recht angenehm, praktisch wurde er dann aber waagrecht verbracht.“ berichtet der Industriearbeiter Thomas Hauer. Längere offizielle Arbeitstage bedeuten außerdem einen Wegfall von Überstundenzuschlägen,

„Nach 10 Stunden Arbeit ist die Konzentration extrem eingeschränkt, nach 12 Stunden läuft man nur mehr auf Autopilot.“

lassen, also ihren nächsten Umfaller bereits vorbereitet. Denn tatsächlich ist der 12h-Tag durch Kollektivvertragsregelungen für Viele längst normal. Es sind „Ausnahmen“, denen die Gewerkschaft zugestimmt hat und die für sehr viele Beschäftigte rasch zur Regel geworden sind. Gesundheitsschädlich und gefährlich

also eine Lohnkürzung, und sie vernichten Arbeitsplätze.

Da die Umsetzung auf der gesetzlichen Ebene stockt, bringen die Unternehmen für die jetzt beginnenden KV-Verhandlungen den 12h-Tag wieder auf die Tagesordnung. Doch jeder Kompromiss, der zur offiziellen Einführung des 12h-Tags führen



würde, wäre keiner: Die Unternehmen weiten jede Bresche, die sie schlagen, schnell aus und führen Verschlechterungen für alle Beschäftigten ein, auch in anderen Bereichen. Keine „6. Urlaubswoche“ oder Einmalzahlung könnte den Verlust an Geld und Freizeit ausgleichen. Wir arbeiten jetzt schon viel zu lang!

Die Kampagne gegen den 12-Stunden Tag steht erst am Anfang. Es geht darum, in den Kollektivvertragsverhandlungen offensive Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und echten Lohnerhöhungen zu stellen und eine Kampagne von und mit Basismitgliedern zu organisieren um das auch zu erkämpfen.

Tilman M. Ruster

ÖGB-Steuermodell: Von der Forderung zur Umsetzung



Bei der ÖGB-Konferenz zur Steuerreform war der Saal im Austria Center zu klein. Aus ganz Österreich waren BetriebsräteInnen und GewerkschafterInnen gekommen, um die ÖGB-Veranstaltung zur Steuerreform zu unterstützen. Großartig. Das zeigt, dass die KollegInnen alles andere als passiv sind! Das Modell ist zu wenig, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Doch was kommt nun? Die ÖGB-Spitze schiebt den Ball an die Regierung wei-

ter. Doch dass diese das ÖGB-Modell nicht umsetzen wird, ist klar. FSG und linke GewerkschafterInnen müssen eine Steuerreform selbst erkämpfen, die SPÖ wird es nicht tun.

Die rund 5.000 TeilnehmerInnen, fast 700.000 Menschen, die bisher unterschrieben haben und die über 1 Million ÖGB-Mitglieder sind eine Macht, die in der Lage wäre, diese und noch weiter gehende Forderungen der ArbeiterInnenbewegung zu erkämpfen!

Sonja Grusch

fen. Doch es gab keinen Arbeitsauftrag. Keine Diskussionsmöglichkeit, keine Vorschläge, was KollegInnen tun können, um die Kampagne zu unterstützen. Keine Konzepte für nächsten Mobilisierungsschritte. ÖGB-Präsident Foglar hat sogar extra darauf hingewiesen, dass der ÖGB keinen Klassenkampf betreibt. Warum? Es ist höchste Zeit, endlich Steuerreform UND ordentliche Lohnerhöhungen zu erkämpfen!

Wien - Brigittenau: Kein Platz für Rassismus!

Am 27.9. organisierte die SLP eine bunte Kundgebung gegen das „Blaue Fest“ der FPÖ Wien-Brigittenau. Im Zuge unserer Kampagne „Kein Platz für Rassismus“ informierten wir die BewohnerInnen des 20. Bezirks ein Monat lang über die Veranstaltung und die FPÖ. Bei zahlreichen Kundgebungen und Aktionen am Wallensteinplatz selbst, am Handelskai, vor lokalen Schulen und an vielen weiteren Orten wurde nicht nur gegen das Fest der Rechten mobilisiert, sondern auch über sozialistische Alternativen informiert. Wir haben aufgezeigt, dass die FPÖ keine Lösungen für die Alltagsprobleme der Menschen hat. Dass sie eine Partei der Reichen und des Sozialabbaus ist und Teil des korrupten politischen Establishments. Strache selbst ist mehr als wohlhabend, wohnt luxuriös und meint, dass vermögensbezogene Steuern „absolut ungerecht und asozial“ sein. Wir als SozialistInnen fordern hingegen die Enteignung von SpekulantInnen und Superreichen zugunsten der Menschen, die keine Millionen am Konto haben. Doch nicht nur die wirtschaftliche Orientierung der FPÖ wurde verurteilt, sondern ganz besonders der alltägliche Rassismus, den diese Partei schürt.

Stefan Gredler

Die Kampagne zeigte klar, dass nicht nur die SLP der Meinung ist, dass Rassismus im 20. Wiener Gemeindebezirk nichts verloren hat, sondern auch der Großteil der lokalen Bevölkerung. Sätze wie „Super, dass ihr da seid!“ häuften sich mit dem Anrücken des blauen Fests immer mehr. Die positive Stimmung gegenüber unserer Arbeit spiegelte sich am Tag des FPÖ-Fests klar wider. Zahlreiche BrigittauerInnen besuchten unsere Kundgebung auf der SLP-Seite der Straße, welche die zwei Veranstaltungen von einander trennte. Es ergab sich eine bunte Mischung aus jungen AktivistInnen und lokaler Bevölkerung, die ein klares Zeichen gegen die hetzerische Politik der FPÖ setzte. Auf der anderen Straßenseite waren hauptsächlich wenige ältere Männer mit Wohlstandsbäuchlein zu sehen, zwei jüngere FPÖ-Anhänger fielen durch Hitlergrüße und einen Übergriff auf eine SLP-Rednerin auf. Als Kampagne war „Kein Platz für Rassismus“ ein Riesenerfolg. Wir werden es nicht dabei belassen, sondern auch in Zukunft gegen Rassismus auftreten und mit sozialistischen Alternativen in der Brigittenau präsent sein!

Stefan Gredler



Frauenrechte verteidigen!

Am 1. Samstag im September fanden sich AktivistInnen der SLP Salzburg vor dem Landeskrankenhaus ein. Der Grund: Es

für unsre Kundgebung sehr positive Reaktionen sowohl von PassantInnen als auch von Seiten des Klinikpersonals.

„Die irische Rechtsordnung bezüglich Abtreibung sollte allen EU-Mitgliedsstaaten Vorbild sein.“ (Ewald Stadler; Ex-

In Irland wie auch in Österreich: Das Recht auf Abtreibung gegen religiöse Fundis verteidigen!

war nicht nur die monatlich stattfindende provokante Versammlung der fundamentalistischen AbtreibungsgegnerInnen vor dem Krankenhaus. Hinzu kam der jüngste Fall aus Irland, bei dem es einer nach Irland geflüchteten Frau nicht gestattet worden ist, einen Schwangerschaftsabbruch nach einer Vergewaltigung durchführen zu lassen! Wir bekamen

Auch in Wien beteiligten sich SLP-lerInnen an einer Protestkundgebung vor dem irischen Konsulat. Die Rednerin der SLP verwies auf die Situation in Österreich, wo Abtreibung nur in wenigen Spitätern und teuer durchgeführt werden. Dass Frauen zu Gebärmaschinen degradiert werden, findet sich auch im katholischen, rechts-konservativen Österreich wieder:

BZÖ, jetzt Rekos).

Wir fordern: kostenloser und anonymer Schwangerschaftsabbruch in allen öffentlichen Spitätern! Zugang für alle Betroffenen, auch solche mit unsicherem Aufenthaltsstatus und illegalisierte Frauen. Religionsgemeinschaften raus aus Kindergärten, Schulen und staatlichen Einrichtungen.

Sarah Krenn

Gegen den 12-Stunden-Tag auf der Straße

Seit April sammelt die SLP österreichweit Unterschriften gegen den 12 Stunden-Arbeitstag. Als Teil des Aktionsbündnisses „Nein zum 12 Stunden-Tag“ halten wir Kundgebungen ab, bei denen PassantInnen sich über die geplante Arbeitszeitverlängerung auf 12 Stunden pro Tag, die folgenden Reallohnverluste und Möglichkeiten, diese zu verhindern, informieren können. Die Resonanzen sind dabei großteils positiv. Viele Leute wollen

mehr machen, als nur ihre Unterschrift abgeben, und so bekommen auch unsere wöchentlichen Ortsgruppentreffen regen Zuwachs.

Eine ältere Frau in Linz meinte: „Nicht aufhören zu kämpfen! Mein Mann ging seinerzeit für den 8 Stunden-Tag auf die Straße, und das wollen sie uns jetzt wegnehmen? Sicher nicht!“. Wir halten uns natürlich daran und bleiben weiterhin aktiv!

Dominik Unter

Termin des Monats



AKTIONSBÜNDNIS
NEIN ZUM 12-STUNDEN-TAG

Bundesweite Aktionskonferenz

Konferenz mit Diskussionen über den Sozialbereich, Alternativen zur Kürzungspolitik, den Öffentlichen Bereich. Im Zentrum steht die Frage „WIE kann der Kampf gegen die immer härteren Angriffe von Unternehmen und Regierungen gewonnen werden?“. Mit AktivistInnen, GewerkschafterInnen, BetriebsrätlInnen und AK-RätInnen aus ganz Österreich sowie Britannien und der Türkei.

Samstag, 11.10.2014, 10³⁰ – 17⁰⁰ Uhr
Arbeiterkammer Wien – Bildungszentrum
(1040 Wien, Theresianumgasse 16)
Organisation: Aktionsbündnis gegen den 12-Stunden-Tag

Im populären Unterhaltungsprogramm werden die Grenze zur plumpen Comedy schnell überschritten. Oft müssen abgedroschene Rollenkästchen für seichte Gags herhalten, meist auf Kosten von Frauen, Homosexuellen, usw. Mario Barths Programme seien hier als Paradebeispiel genannt.

Das österreichische Kabarett hat eine lange, auch politische, Tradition. Besonders hervorgetan haben sich jüngst die Gebrüder Moped, die sich per Facebook täglich satirisch zur österreichischen Politik äußern. Kabarettisten wie Scheuba und Maurer finden zwar den Weg in den ORF, doch bemüht dieser sich, jegli-



„Ali, boma ye! Ali, töte ihn!“

1967, mitten im Vietnam-Krieg, erhält der Boxweltmeister seinen Einberufungsbefehl. Anders als andere „Rebellen“ wie etwa Elvis vor ihm, wider-

schlism! Ali werden alle Titel aberkannt, seine Lizenz genommen und der Pass eingezogen.

Aber er ist nicht am Ende. 1970 boxt er sich an

lässt sich als Vertreter der offiziellen, weißen USA präsentieren. Ali mobilisiert die Bevölkerung. Er trainiert in Afrika, joggt mit den Straßen-

volution kämpft auch Che Guevara 1965 vergebens. Und natürlich benutzt auch Mobutu den Kampf. So wird das ursprüngliche politische Element immer mehr zu Gunsten des Kommerziellen und der Propaganda verdrängt.

Rote Seitenblicke

che Systemkritik in unpassendste Sendezeiten zu drängen. So wurde vor der Wiener Gemeinderatswahl 2005 die geplante Ausstrahlung von „Dorfers Donnerstalk“, in der die aktuelle politische Lage aufs Korn genommen wurde, auf einen Sendetermin nach der Wahl verlegt, wohl auf Drängen der ÖVP.

Mit bestem Beispiel für linkes Kabarett geht Marc-Uwe Kling, Kleinkünstler und Autor, voraus. Mit seinen Programmen, in denen er vom Zusammenleben mit einem kommunistischen Känguru erzählt, regt er das Publikum nicht nur zum Lachen, sondern auch zum Nachdenken an. Auch Volker Pispers übt mit hintergründigen Programmen, in denen er am Kapitalismus und den herrschenden Umständen kein gutes Haar lässt, links-gerichtete Kritik. Dem (österreichischen) Kabarett fehlt der Sprung vom Verarschen der herrschenden Politik zur Kritik am Grundkonzept des Kapitalismus und zum Aufzeigen tatsächlicher Alternativen!

Dominik Unter

40 Jahre „Rumble in the Jungle“: George Foreman gegen Muhammad Ali.

setzt sich aber Ali. Er will nicht die „weißen Sklavenherren“ gegen das vietnamesische Volk unterstützen. Er bekennt sich zur „Nation of Islam“. Eine dubiose religiöse, aber radikale Organisation von Afroamerikanern, der auch Malcolm X angehörte. Ein erfolgreicher und selbstbewusster Schwarzer, der sich weigert, in den Krieg zu ziehen – das ist zu viel für das Estab-

die Spitze zurück. Verliert zweimal zur Freude des weißen Amerikas. Ende Oktober 1974 ist es dann soweit, und Ali boxt in Kinshasa (damals Zaire, heute Demokratischen Republik Kongo) gegen George Foreman um den Titel. Ali inszeniert den Kampf als Teil des Kampfes der Rechte der AfroamerikanerInnen in den USA. Foreman, ebenfalls Afroamerikaner,

kindern unter den Rufen der Menschen: „Ali, boma ye – Ali, töte ihn!“ Es zeigt sich auch die dünne politische Grundlage. Zaire ist eine Militär-Diktatur. Präsident Joseph-Désiré Mobutu hatte die Unabhängigkeitsbewegung verraten und sich mit Unterstützung der USA an die Spitze geputscht. Gegner lässt er öffentlich hinrichten. In der bereits zusammenbrechenden Re-

alle erwarten einen von Beginn an dominanten Ali. Der aber legt sich in die Seile und lässt sich vom „Schläger“ Foreman verdreschen. Als sich Foreman ausgepowert hat, schlägt Ali in Runde 8 eine Kombination und Foreman liegt am Boden – ausgezählt. Ali ist wieder Weltmeister. Einer der politischsten, aber letztlich auch inszeniertesten Boxkämpfe ist zu Ende.

Ali Kropf

„Architektur hat mit Weltanschauung zu tun.“*

Wohnen ist eine Grundlage der Zivilisation. So, wie die Gesellschaft organisiert ist, so wird sie „gebaut“.

Architektur passte sich geschichtlichen Veränderungen an. Wo früher die Wiener Vorstädte dörflich bebaut waren, entstanden während der Industrialisierung Mietskasernen. Aber nicht nur die Herrschenden „entwarfen“. Auch die ArbeiterInnenbewegung erkämpfte sich Verbesserungen. Die Gemeindebauten des Roten

Wien hatten Mindeststandards, gemeinschaftliches Wohnen und Leben sowie kommunale Versorgung zum Ziel. Doch letztlich konnten sich diese Ideen aufgrund von Schwäche und Niederlage von Sozialdemokratie und ArbeiterInnenbewegung nicht durchsetzen.

Aktuell spielt die ArbeiterInnenbewegung in der Mitgestaltung des Wohnens keine Rolle. Es dominieren graue Miethäuser für die Masse, Einfamilienhäuser für jene mit

mehr Geld und im Zentrum steht die Isolierung von anderen, der Rückzug ins Private.

Um sozial/ökologisch nachhaltige Konzepte umzusetzen, braucht es eine grundlegende Gesellschaftsveränderung. Der russische Revolutionär Trotzki stellte sich unter einer sozialistischen Gesellschaft einen von den Massen getragenen demokratischen Prozess vor, der die Lebensräume gestaltet.

Jan Millonig

* Zitat: Schütte-Lihotzky



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Parlament & Co. sind in der Krise

In ganz Europa stehen Regierungen massiven Protesten gegenüber, speziell seit Beginn der Wirtschaftskrise. Amtierende Regierungen, oft die "traditionellen" Parteien, werden in der Regel bei der nächsten Wahl abgestraft und verlieren ihre Mehrheit. So fuhren auch SPÖ und ÖVP 2013 die jeweils schlechtesten Ergebnisse ihrer Geschicke ein. 14 Listen traten

Wahlen von 2010, bis eine Koalition geformt wurde. Zugleich stimmen immer weniger Wahlberechtigte überhaupt ab – bei der EU-Wahl nicht einmal die Hälfte.

Daran ist nicht die vielzitierte "Politikverdrossenheit" schuld. In antifaschistischen und sozialen Bewegungen haben viele Jugendliche sehr politisch agiert. Doch keine der etablierten Partei-

zungen, Generalstreiks und Massendemonstrationen ihre Opposition zur herrschenden Politik gezeigt. Auch in Österreich gilt: Wann immer die Gewerkschaft ruft, kommen die Beschäftigten in großer Zahl.

Doch es fehlt an der Organisation, die die Proteste auf eine politische Ebene hebt. Wo ArbeiterInnenparteien fehlen, die

sollen sie die ArbeiterInnenbewegung schwächen – finanziert werden sie vom Kapital. Zwar steht der Faschismus in Europa nicht auf der Tagesordnung, aber der Ruf nach dem „starken Mann“ wird lauter. Wo es Ansätze für neue ArbeiterInnenparteien gibt, wie in Deutschland oder Griechenland, sind sie das wirkungsvollste Instrument, um die Rechten in Schach zu halten.

Armut und die Herrschaft der Troika haben Millionen Menschen in der Praxis gezeigt, dass der Parlamentarismus nicht demokratisch ist. Antikapitalistische Ideen gewinnen an Einfluss. Massenbewegungen organisieren sich oft in „neuen“ demokratischen Strukturen, die sich in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung bewährt haben: demokratische Komitees, deren gewählte VertreterInnen rechenschaftspflichtig und abwählbar sind. Beispiele sind u.a. spanische Nachbarschaftskomitees (Asambleas), in denen die BewohnerInnen den lokalen Widerstand gegen Schließungen von z.B. Schulen oder Krankenhäusern planen oder Streikkomitees, die Arbeitskämpfe koordinieren. Diese Strukturen zeigen in Ansätzen, welche Macht die ArbeiterInnenklasse hat, wenn sie sich demokratisch organisiert.

Flo Klabacher

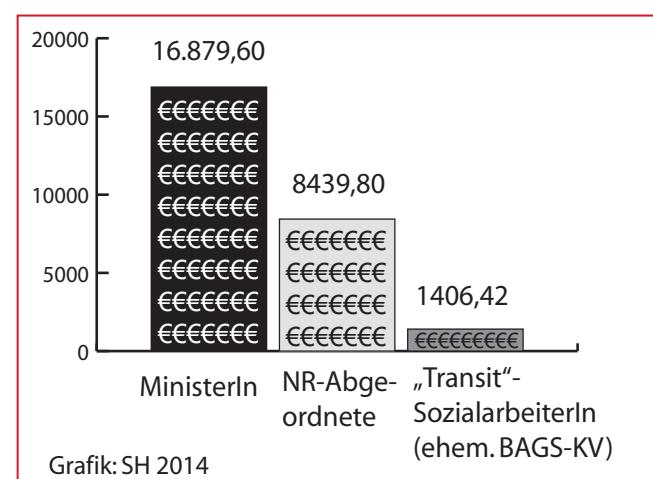
Auch in seiner „demokratischen“ Form steht der Kapitalismus für Ausbeutung und Unterdrückung.

zur Wahl an, die sechs finanziell stärksten schafften den Sprung ins Parlament – mehr als je zuvor. Nicht nur in Österreich drückt das aus, dass die Herrschenden verzweifelt nach einem Weg aus der Krise suchen. Es wird schwieriger, stabile Regierungen zu bilden. Beispiel Belgien: Eineinhalb Jahre dauerte es nach den

en ist fähig oder willens, die Probleme zu lösen. Korruptionsfälle beherrschen die Schlagzeilen, zugleich wird bei Sozialismus und Bildung gekürzt. Die „Oppositionsparteien“ sind keine Alternativen. Wer kürzt, scheint den ArbeiterInnen egal zu sein – mit Recht. In diversen Bewegungen haben ArbeiterInnen mit Beset-

die Bewegungen auf politischer Ebene repräsentieren, versuchen rechte und fundamentalistische Gruppen, dieses Vakuum zu füllen. Sie geben sich radikal und unangepasst, um Protestpotential abzufangen. Mit Methoden von rassistischer, nationalistischer und religiöser Hetze bis hin zum Mord an linken AktivistInnen

Wer verdient wie die Reichen, entscheidet auch für die Reichen:



Zahlen und Fakten:

In der EU entscheiden die Unternehmen:

- In der "Känguruhrgruppe" arbeiten EU-ParlamentarierInnen mit großen Unternehmen (Unilever, British Tobacco, Roche, DHL etc.) und Banken (Goldman Sachs, öst. Sparkassenverband, Commerzbank, Deutsche Bank etc.) zusammen.
- Firmen (z.B. OMV, Rio Tinto, Nestlé, Bayer) sind organisiert im ERT (European Roundtable of Industrialists) oder in „BusinessEurope“, deren 41 Mitglieder (z.B. Industriellenvereinigung) aus 35 Ländern laut Eigendefinition „sicherstellen, dass die Stimme des Business in der europäischen Politik gehört wird“.
- Jänner 2012-April 2013 fanden zum EU-USA-Handelsabkommen TTIP 119 Geheim-Besprechungen mit Konzernen statt. Das sind 93 % der Treffen der Kommission mit sogenannten „Stakeholdern“.
- Als Auftragnehmer der EU lukrierte der Unisys-Konzern 2013 nur aus dem zentral von der Kommission verwalteten Budget 54.787.834 €.

Viel Geld für die Parteien:

- Im 3. Quartal 2013 (Nationalratswahlkampf!) erhielt die Kronen Zeitung vom Bundeskanzleramt für Werbeaufträge und

Medienkooperation 216.197,50 €.

- 2002 erhielten die etablierten Parteien 14.383.191,56 € Parteienförderung plus 11.455.900,80 € aufgrund der Nationalratswahl. Dank „Reform“ explodierte die Förderung 2013 auf 36.068.590,98 €. 2014 neu dabei die Neos mit 1.693.132,02 € Förderung – zusätzlich zum Bauunternehmer-Geld.
- Die FPÖ erhielt 2013 2.092.390,44 € für ein „Bildungsinstitut“, in dem Seminare gehalten werden wie etwa zur „geistigen Landesverteidigung“.
- MinisterInnen kassieren monatlich 16.879,60 €, Nationalratsabgeordnete 8.439,80 € (für Viele bloß Nebenjob). EinE „Transit“-SozialarbeiterIn mit Fachkenntnis erhält laut KV für die Sozialwirtschaft (ehem. BAGS) 1.406,42 €.

NichtwählerInnen:

- Nationalratswahl 2013: 26,5 % Nicht- bzw. ungültig WählerInnen – mit Abstand die stärkste „Partei“. EU-Wahl 2014: 56 % – Wahlbeteiligungs-Negativrekord.
- Nationalratswahl 2013: Mehr als ein Drittel der Wiener Bevölkerung darf nicht wählen.

Quellen: Corporate Europe Observatory, EU-Financial Transparency System, Rundfunk- und Telekom Regulierungs-GmbH, Bundeskanzleramt, WahlweXel jetzt!

Baustelle (bürgerliche) Demokratie

„Demokratie“ ist ein hohes Gut: Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit, das Recht zu wählen und zu kandidieren, Organisationen und Parteien zu bilden – für all diese Rechte wurde und wird gekämpft. Doch die bei uns herrschende, die bürgerliche, Demokra-

aktuelle Bestandsaufnahme: „Die Sicherheitsventile der Demokratie begannen eins nach dem anderen zu explodieren. Die elementaren Moralschriften erwiesen sich gar noch zerbrechlicher als die demokratischen Einrichtungen und die reformistischen Il-

Wir leben zwar in einer „Demokratie“, doch es fühlt sich immer weniger so an.

tie ist in der Krise. Das zeigt sich an sinkender Wahlbeteiligung, Ablehnung der etablierten Parteien und Formierung neuer, oft dubioser, Spaßparteien oder solcher von Superreichen, im Ruf nach einem starken Mann oder auch einem Gottesstaat.

Tief ist das berechtigte Unbehagen an der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, wie sie sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts präsentierte. Spätestens nach 9/11 und dem Ausbruch der globalen Krise 2008 stehen die Demokratien des Westens für den Abbau demokratischer Grundrechte ebenso wie für sozialen Kahlenschlag. Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch nennt diese Epoche „Postdemokratie“ (2008). Gleichzeitig kommen Nationalismus, Rechtsextremismus und Faschismus bzw. deren religiöse Gegenstücke verstärkt zurück. Was Trotzki über die Krise der Demokratie in den 1920/30er Jahren feststellte, liest sich wie eine

lusionen“ („Ihre Moral und unsere“, 1938).

Die etablierte Politik ist darüber in heller Aufregung. Gerufen wird nach Lösungen wie z.B. mehr politischer Bildung in Schulen. Doch das wird wenig helfen. Denn die schöne Demokratie, die uns erklärt wird, hat mit der Lebensrealität kaum etwas gemeinsam. Im Gegenteil erleben wir ständig, dass es das eine Recht für Reiche (Grasser) und das andere für uns gibt (Gefängnis bei Schulschwänzen), dass wir bei Nebenfragen entscheiden dürfen (Farbe der neuen U-Bahn) aber nicht bei Wichtigem (steigende Preise der Öffis). Die bürgerliche Demokratie ist in der Krise, weil ihr Wirtschaftssystem in der Krise ist!

Entstanden ist diese Demokratie gemeinsam mit dem Kapitalismus, der im 19. Jahrhundert eine fortschrittliche Wirtschaftsform war. Die bürgerliche Demokratie gab der neuen herrschenden Klasse, dem Bürgertum, die Macht im Staate.

Und so haben wir es auch heute überwiegend mit Parteien für unterschiedliche Fraktionen der herrschenden Klasse – des Kapitals – zu tun. Verschiedene bürgerliche Parteien, die aber keine wirkliche Vertretung sind für all jene, die kein Kapital haben und von Job oder Sozialleistungen abhängig sind – ArbeitnehmerInnen, Erwerbslose, Studierende, PensionistInnen, SchülerInnen. ArbeiterInnenparteien sind zwar ebenfalls im 19. Jahrhundert entstanden (meist Sozialdemokratische Parteien) doch sind sie, wie auch die SPÖ, völlig verbürglicht, selbst Parteien des Kapitals geworden.

Die pro-kapitalistischen Parteien verfügen über viel Geld, das nicht nur aus Steuergeld, sondern auch von Unternehmen kommt. Auch deshalb ist klar, dass sie im Interesse von Unternehmen agieren. Hinzu kommt, dass wir weder Einfluss darauf noch Kontrolle darüber haben, was die Gewählten tun und es auch keine Möglichkeit gibt, sie abzuwählen. Das Lobbying der Unternehmen ist bestens organisiert – klassenkämpferische Gegenspieler von Seiten der Arbeitnehmerklasse fehlen aber.

So beschränkt die Mitbestimmungsmöglichkeiten ohnehin schon sind: Trotzdem dürfen nicht alle wählen, sondern nur die mit dem richtigen Pass und richtigen Geburtsdatum. Wer sich was zu schulden hat kommen lassen oder keine Wohnung hat, hat de facto kein Wahlrecht. Ein



großer Teil der Bevölkerung ist ausgeschlossen von Entscheidungen, die sie betreffen. Dass dann die Reaktion ist „Ich sch*** auf das System“, ist irgendwie verständlich.

Und entgegen den Behauptungen der Politik, sich „zu öffnen“ wird der Zugang erschwert. Die etablierten Parteien versuchen Konkurrenz zu verhindern: Die Hürden für kleine Parteien sind hoch (Unterstützungserklärungen, 4%, 5% in Kärnten so-

Grundrechte unter Beschuss und abgehobene Politik: Auf Wirtschaftskrise folgt Demokratiekrisse.

gar 10%). Und wer politisch aktiv wird, sich z.B. gegen Abschiebungen, Kürzungen und den Abbau demokratischer Rechte wehrt, sieht sich rasch mit Klagen eingedeckt, die existenzbedrohend sein können.

Am offensichtlichsten wird die Löchrigkeit der Demokratie bei ihren Grenzen: Der Großteil unseres Lebens, nämlich die Arbeit und die gesamte Wirtschaft - steht nicht zur Wahl, sondern wird von wenigen „EigentümerInnen“ bestimmt. Wer einen Job bekommt, was wie produziert wird, die Arbeitsbedingungen und die gesamte Arbeits- und Produktionsweise von Unternehmen wird von denen bestimmt, die formal die „Besitze-

rInnen“ sind. Doch all die, die den Reichtum schaffen - die dort Arbeiten - haben nichts mitzureden. Zusätzlich sichert die von niemandem gewählte Troika EU, EZB, EWF die Herrschaft des Kapitals mittels demokratisch durch nichts legitimierte „Expertenregierungen“ in Krisenstaaten. Genau diese Herrschaft der Wirtschaft über die Politik wird in Krisenzeiten immer deutlicher. Der Staat greift im Inter-

mokratie ist nicht immun gegen diktatorische Tendenzen, weil sie nur bis an die Grenze des Profits reicht. Grundrechte enden dort, wo die „Wirtschaft“ gefährdet ist. In der Krise haben die Herrschenden keinen Spielraum mehr, Zugeständnisse zu machen, sondern müssen Profite durch Erhöhung der Ausbeutung sichern. Je heftiger sich die ArbeiterInnenklasse dagegen wehrt, umso mehr wird der demokratische Mantel abgelegt. Der Extremfall ist Faschismus, dessen Aufgabe es ist, die Organisationen der ArbeiterInnenklasse zu zerschlagen. Er ist destillierter Kapitalismus, die nackte Herrschaft des Kapitals durch physische Gewalt.

Wenn Vertreter der herrschenden Klasse zur Rettung „der Demokratie“ aufrufen, ist das kurzsichtig, da es die Ursachen ihrer Krise ignoriert. Echte Demokratie kann nicht durch schön klingende „Werte“ erreicht werden, während wir gleichzeitig in Schule und Gesellschaft in undemokratischen Strukturen leben. Echte Demokratie braucht die Überwindung des Kapitalismus und ein sozialistisches Wirtschaftssystem, in dem nicht Profite, sondern Bedürfnisse von Menschen (und damit auch der Umwelt) die Grundlage bilden, auf der demokratisch geplant wird. Die Krise der bürgerlichen Demokratie kann nicht von der Krise ihrer ökonomischen Basis getrennt werden - und daher auch nur mit ihr gelöst werden. **Helga Schröder**



Marx aktuell

In der Debatte um eine bessere Gesellschaft fallen Begriffe wie Partizipation und solidarische Ökonomie. Doch im Kapitalismus regiert der Profit. Das Sagen hat meist, wer das Geld hat. ÖGB-Bürokratie und ehemalige Linke haben sich mit dieser Realität abgefunden. Gleichzeitig kann gerade die Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment dazu führen, dass sich Viele von den etablierten Parteien abwenden und sich die politische Auseinandersetzung stärker auf die betriebliche Ebene verlagert. Das war beispielsweise in der Argentinien-Krise (1998-2002) oder auch nach Abflauen der 68er-Bewegung der Fall. In Österreich fand diese Debatte in den Gewerkschaften insbesondere in den 1970er Jahren statt - beeinflusst durch Austrokeynesianismus und den Wirtschaftsaufschwung der Nachkriegszeit. Doch lassen sich durch mehr Mitbe-

Demokratie endet - gerade in der Krise - am Werkstor

stimmung im Betrieb überhaupt nachhaltige Verbesserungen in Arbeit & Wirtschaft erreichen? Könnten dadurch gar Arbeitslosigkeit & Lohndumping effektiv bekämpft werden? Diese Debatte zieht sich durch die gesamte Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Für revolutionäre MarxistInnen ist die herrschende Demokratie ein Faktor im weltweiten Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Ein entschlossener Kampf für mehr Entscheidungsmöglichkeiten im Betrieb wird schnell an die Grenzen der kapitalistischen Wettbewerbslogik stoßen. In Argentinien gab es einige interessante Fälle von Fabriksbesetzungen und Übernahmen durch die ArbeiterInnen. Doch das Mehr an betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten entpuppte sich schnell als Farce und wurde bald wieder reduziert. Wenn den ArbeiterInnen ein Mitspracherecht bei Kündigungen oder bei der Höhe der Löhne eingeräumt wird, kann das gerade in Krisenzeiten dazu führen, dass ein Betrieb schließen muss, weil die "skrupellose Konkurrenz" billiger & schneller produziert. Schließlich ändert betriebliche Demokratie nichts an der Logik des kapitalistischen Systems und seinen Gesetzmäßigkeiten. Wer diesen "Sachzwängen" aber nachgibt und bei "kleinen" Reformen wie gesunden Kantinen, sicherer & ergonomischen Arbeitsplätzen, höheren Zulagen etc. stehenbleibt, arrangiert sich letzten Endes meist mit der kapitalistischen Verwertungslogik - und landet beim Kuschelkurs von ÖGB & Co.

Andere ziehen aus der beschränkten betrieblichen Demokratie den Schluss, dass der Klassenkampf wieder auf eine höhere Ebene ausgeweitet werden muss. Betriebliche Auseinandersetzungen werden zu gesamtpolitischen Kämpfen. Auseinandersetzungen im Betrieb heben das Bewusstsein unter den ArbeiterInnen und können in Verbindung mit revolutionärer systemkritischer Aufklärungsarbeit zur Überwindung jener Einstellung beitragen, die Lenin als "gewerkschaftliches Bewusstsein" bezeichnete. **"Der wirtschaftliche Kampf des Proletariats verwandelt sich in der Epoche des Zerfalls des Kapitalismus viel schneller in einen politischen Kampf, als dies im Zeitalter der friedlichen Entwicklung des Kapitals geschehen konnte. Jeder große wirtschaftliche Zusammenstoß kann die Arbeiter unmittelbar vor die Frage der Revolution stellen."** (Leitsätze über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Kommunistische Internationale, II. KI-Kongress 1920)

Pablo Hörtner



Demokratische Alternativen? Nicht im Kapitalismus!

Der bürgerliche Parlamentarismus des Westens wird von weiten Teilen der Bevölkerung mittlerweile als „Demokratur“ wahrgenommen – als eine verdeckte Diktatur in einem demokratischen Mäntelchen. Das äußert sich einerseits in der viel zitierten angeblichen „Politik-

tativen Modell des bürgerlichen Parlamentarismus darstellen sollten.

Solange allerdings ein wenigstens umrissartiges Programm mit konkreten Forderungen fehlt, und solange derartige Bewegungen im Rahmen des Kapitalismus verharren, bleiben sie letztlich

tergrunds am „Entscheidungsfindungsprozess“ (welch schönes Wort!) teilhaben zu lassen, öffnet eben auch dezidiert undemokratischen Kräften ein Eingangstor.

Auch der Ruf nach mehr „direkter Demokratie“ mittels mehr Volksabstim-

die Herrschenden. Gerade hat die EU-Kommission beschlossen, eine EU-Bürgerinitiative gegen das EU/USA-Freihandelsabkommen TTIP nicht zuzulassen. Es ist also eine Illusion, mit mehr „direkter“ Demokratie echte Demokratie erreichen zu können. Echte und somit direkte Demokratie kann sich nur „von unten“ selbst ermächtigen.

Mit jedem Versuch, den Kapitalismus zu stürzen, hat gerade die ArbeiterrInnenklasse nicht nur mit der Pariser Commune (1871) oder in Teilen des republikanischen Spanien (1936–39) gezeigt, wie sehr sie sich demokatisch selbst organisieren kann. Auch die Russische Revolution 1917 und die revolutionären Bewegungen in Österreich und Deutschland nach 1918 waren Ausdruck dieser Selbstorganisierung. Dabei wurde stets auf Strukturen gesetzt, die sich als „Rätesystem“ zusammenfassen lassen – wobei diese Räte eben keine spontanen Versammlungen waren, in denen alle, die gerade Lust oder Zeit dazu hatten, das Wort an sich reißen konnten, sondern Delegiertenversammlungen. Diese Delegierten wurden direkt in

ihrem jeweiligen Umfeld (in den Betrieben, an den Schulen, an den Wohnorten etc.) gewählt, waren dort rechenschaftspflichtig, jederzeit abwählbar, und erhielten nicht mehr Lohn als ein durchschnittlicher Arbeiter. Und auch wenn es zur aktuellen – verständlichen – „Parteienverdrossenheit“ nicht passen mag, waren diese Delegierten zumeist in Parteien organisiert oder hatten einen parteilichen Hintergrund. Doch gerade dadurch, dass die ArbeiterrInnen gegen das Kapital „parteiisch“ waren und deshalb als eine Klasse agierten, konnten sie – wenigstens in Ansätzen und vorübergehend – auch auf ökonomischer Ebene selbstverwaltet und demokratisch ihr eigenes Leben in ihre eigenen Hände nehmen.

Dass diese Experimente von den Herrschenden letztlich niedergeschlagen wurden, zeigt nicht, dass sie nicht lebensfähig gewesen wären und auch heute noch sein können, sondern nur, dass der Kapitalismus unvereinbar ist mit von unten gelebter, echter Demokratie. Die kann es nur im Sozialismus geben.

Alexander Svojtko

Ohne sozialistische Umwälzung bleibt die „Herrschaft des Volkes“ eine hohle Phrase.

verdrossenheit der Menschen“, andererseits in der Suche nach demokratischen Alternativen: So erleben wir seit geheimer Zeit das Entstehen einer sogenannten „Zivilgesellschaft“, die sich über NGOs bzw. Bewegungen wie „Occupy“ und über Bürgerinitiativen und Protestplattformen wie „Stuttgart21“ in das politische Geschehen einbringt. Dazu kommen Massenproteste, wie wir sie z.B. in Spanien (Democracia Real Ya), Griechenland (Besetzung des Syntagma-Platzes) oder zuletzt in Bosnien-Herzegowina gesehen haben. Sie alle gaben sich dabei vor Ort basisdemokratische Strukturen (Asambleas, Plena etc.), die eine Alternative zum repräsent-

ungewollt Stützen dieses undemokratischen Systems. Und sie können darüber hinaus demokratiepolitisch gefährlich werden, als sie Reaktionären Raum bieten: So fassten mit Ende Frühling die in Deutschland traditionellen „Montagsdemos“, die diffus für „Frieden und Demokratie“ stehen, auch in Wien Fuß. Es dauerte nicht lange, bis diese von „VerschwörungstheoretikerInnen – schlimmstens Nazis“ unterwandert waren (siehe „Aluhut statt Marxismus?“, VORWÄRTS Nr. 229). Diese Gefahr laufen auch Gruppierungen, die, wie die Piratenpartei, auf das Instrument der „liquid democracy“ setzen. „Für alles offen“ zu sein und alle ungeachtet ihres politischen Hin-

mungen und -befragungen“ ist ein zweischneidiges Schwert. Das hat nichts damit zu tun, dass „das Volk“ schlichtweg zu dumm sei, um Entscheidungen zu treffen; sondern damit, dass der Erfolg oder Misserfolg einer solchen Kampagne zumeist nachweislich von den dafür eingesetzten finanziellen und propagandistischen Mitteln abhängt – somit haben Randgruppen oder Minderheiten von vornherein ein schlechteres Blatt (Das erklärt auch, warum sich vor allem die FPÖ vehement für mehr Volksabstimmungen ausspricht). Denn was gefragt oder abgestimmt wird, wie die Frage gestellt wird, wer teilnehmen darf, wer initiiert kann, entscheiden

Netflix: Medienfreiheit vs. Profitlogik

Im September expandierte der Video-Streaming-Anbieter Netflix in sechs europäische Märkte, darunter Österreich. Für einen Monatspreis, der billiger ist als eine DVD oder ein Kino-Besuch, haben NutzerInnen nun unbegrenzten Zugang zu einem der größten Film- und Serienangebote der Welt.

Kein Wunder, dass sich viele darüber freuen: Ins Kino zu gehen wurde in den letzten Jahren konstant immer teurer, v.a. seit 3D. Dank Krise und Wirtschaftsflaute sind Kinobesuche für viele ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche alles andere als günstig.

Mit über 50 Millionen NutzerInnen ist Netflix nun eines der mächtigsten Medienunternehmen der Welt. Die Expansion nach Europa, vor allem Deutschland und Frankreich, wird diesen Trend verstärken. Aber bringt die Ausbreitung von Netflix wirklich einen unbeschränkten Zugang zu Medien? Obwohl Netflix Zugang erleichtert, blockiert es aktiv jede Bedrohung seiner Profite. In den Monaten vor der Expansion gab es eine Welle von Attacken auf kostenlose Streamingseiten wie Movie4K. Netflix und andere Medienunternehmen wollen die Leute zwingen,

für den Zugang zu Medien zu zahlen.

2012 begann Netflix, massives Lobbying rund um das Thema „Netzneutralität“ zu betreiben. Wenn sie den Providern mehr zahlen können und dafür Kontrolle über die Bandbreite bekommen, können sie jeder Konkurrenz den Strom abdrehen. Dies wird sofort zu Preissteigerungen führen. Das Internet ist keineswegs „frei“, sondern wurde sogar schneller monopolisiert als frühere technische Revolutionen ähnlichen Ausmaßes.

Die Existenz von Netflix zeigt, dass es möglich ist, unbeschränkten Zugang zu Filmen und anderen digitalen Medien zu schaffen. Dieser könnte gratis angeboten werden, würden Netflix und die anderen Unternehmen von der öffentlichen Hand übernommen, unter demokratischer Kontrolle von KünstlerInnen und NutzerInnen.

Das größte Hindernis dafür ist nicht die Technik, sondern die Logik des Kapitalismus. Der Kampf für Sozialismus ist nicht nur ein Kampf um wirtschaftliche und politische Selbstbestimmung – sondern auch ein Kampf darum, wer unsere Medien kontrollieren soll: Profitgierige Konzerne oder NutzerInnen und KünstlerInnen.

Brettros



Friendzone ohne Extras?

Er ist Ihr ein guter Kumpel, aber Sie lässt Ihn nicht ran. Er ist in der „Friendzone“ und ärgert

Die „Friendzone“ führt zu Vergewaltigungen und Amokläufen (z.B. Elliot Rodgers).

sich. Sie schuldet ihm etwas, weil Er nett zu Ihr war, ein „Nice Guy“. Dies ist kein neues Phänomen, sondern ein Problem, das Frauen schon lange kennen, nur eben neu verpackt.

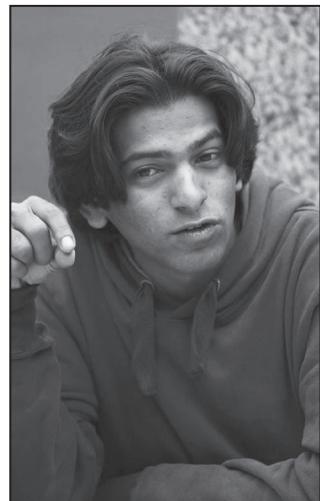
Die Auffassung, dass man nur Nettigkeitsmünzen in das „Objekt“ der Begierde werfen muss, da-

mit Sex herauskommt, ist Ausdruck eines sexistischen Frauenbildes. Wen wundert das, wenn 98 %

Die sexuellen Bedürfnisse werden für Deo-Sprays und Guru-Ratgeber, die den Käufer zum richtigen „Alphamännchen“ machen sollen, genutzt. Die Botschaft schwingt mit: Und ist sie nicht willig, dann braucht Gewalt, um dir zu holen, was dir zu steht. Dass die kapitalistische Gesellschaft voll von Widersprüchen ist, zeigt sich auch hier: Sie ist prude, wenn Sie nicht nachgibt und ein Flittchen, wenn Sie es schon tut. Die bürgerlichen Rollenbilder dienen also nur zur Spaltung der Gesellschaft und zum Erzeugen von Profiten und gehören daher gemeinsam von Allen bekämpft.

Viktoria Wittmann

Kämpfen zahlt sich aus!



Vor rund zwei Jahren starnte die bislang größte Flüchtlingsbewegung. Der Staat antwortete mit massiver Repression. Manche fragten sich: Haben Märkte, Hungerstreiks und Demos wirklich was gebracht? Ja, denn sie haben das Bild von Flüchtlingen verändert. Sie haben einigen FlüchtlingsaktivistInnen eine legale Aufenthaltsmöglichkeiten erkämpft, die sie wohl ohne diese Bewegung nicht bekommen hätten. Unter an-

derem für Adalat Khan, einen der wichtigsten Sprecher. Auch Numan Mohammed erhält endlich sein Visum. Er war einer der Hauptorganisatoren der Bewegung und kandidierte 2013 für die SLP. Die Visumserteilung verlief nicht konfliktfrei. Zahlreiche AktivistInnen, GewerkschafterInnen und andere solidarisierten sich und setzten sich, bis zum positiven Bescheid, für Numan ein.

Michael Gehmacher

Fundstück des Monats Baustelle: Sexismus



In der Welt der Baufirma Swietelsky gibt es also nur männliche, heterosexuelle und sexistische Bauarbeiter, die Frauen nachpfeifen. Und in jener Welt sollen Frauen sich dadurch noch geehrt fühlen. Unser Gegenvorschlag: Bauvorhaben in öffentliche Hand, ganz ohne arrogante Klischees und sexistische Werbung.



Hongkong: Test für Demokratiebewegung

Am 31.8. beschloss die chinesische Regierung neue restriktive Regeln für die kommenden Wahlen in Hongkong (HK). Die Bestimmung war vom Komitee des Nationalen Volkskongresses (NCP) erlassen worden – ein undemokratisches Scheinparlament, das durch die Ein-Parteiendiktatur der KP China (CCP) kontrolliert wird. Es wird nun zu einem Nominierungskomitee, das wie im Iran nur

Finanzsystem. Die CCP ist beunruhigt über die „Protestkultur“ Hongkongs und möchte demokratische Rechte einschränken. Das steht im Gegensatz zu der Hoffnung Vieeler auf mehr Demokratie. Die CCP ist alles andere als kommunistisch, sondern hat seit Deng Xiaopings Aufstieg in den späten 70ern zunehmend pro-kapitalistische Reformen eingeführt und das (zwar bürokratisch

will durch Massendruck erkämpfte demokratische Zugeständnisse zurücknehmen.

Die UnterstützerInnen des CWI sind in China, Taiwan und als Socialist Action in HK aktiv. Socialist Action ist Teil der Demokratiebewegung, unterstützt Arbeitskämpfe und den Kampf für Asyl- und MigrantInnenrechte. Wir unterstützen die Initiativen für Massenkämpfe, wie

Massenbewegung könnte diese neue Führung in Konflikt mit China geraten, was wiederum in China eine Kettenreaktion auslösen könnte, in der die Menschen offen die Diktatur herausfordern. Es wird daher keine demokratischen Wahlen unter dieser Diktatur geben. Was es braucht sind Massenkämpfe, um das Einparteiensystem zu beenden. Der Kampf in HK kann ein Katalysator sein, muss sich mit den Massen in China selbst verbünden. Daher betonen wir, dass Occupy Central nur ein Sprungbrett für eine weitere Eskalation in HK wie auch für einen Appell an die chinesischen Massen sein kann. Die zentrale Aufgabe nun ist es, den Kampf von unten und demokratisch aufzubauen, Streikkomitees in den Schulen zu gründen und sich auf die Betriebe auszuweiten.

Als SozialistInnen kämpfen wir für jede demokratische Reform, auch wenn sie beschränkt ist, weil sie die ArbeiterInnenklasse im Kampf für ihre Rechte stärkt. Wir unterstützen die Forderung nach „Öffentlicher Nominierung“, auch wenn sie nicht weit genug geht. Wir sind die einzige Organisation, die fordert, dass das Nominierungskomitee abgeschafft wird. Aber selbst das ermöglicht nicht volle Demokratie. Die pande-

Nur eine Massenbewegung in ganz China kann die Einparteidiktatur besiegen.

pro-Regime-Marionetten zulassen wird. Das ist ein elitärer Körper von 1.200 MillionäInnen, die der 1-Parteien Diktatur huldigen. Dieses Modell gibt der CCP 100 % Kontrolle.

Der Erlass hat große Wut in HK ausgelöst und wurde mit Massenprotesten mit mehr als einer halben Million Menschen beantwortet. SchülerInnen bereiten sich auf einen einwöchigen Streik vor und es gibt Pläne für eine Besetzung des Stadtzentrums durch „Occupy Central“ (OC). Die Menschen sind frustriert, weil der Kampf für das allgemeine Wahlrecht sich schon seit 30 Jahren zieht. Seit 1997 ist HK offiziell autonome Region Chinas mit eigener Währung, Rechtssystem und

und stalinistisch verzerrte Planwirtschaftsmodell der Mao-Ära fallen gelassen. Die heutige CCP wird von machtvollen Finanz- und Wirtschaftscleans um die Führungsfiguren und ihre Familien geführt. Das Vermögen von Präsident Xi Jinpings Familie beläuft sich laut Bloomberg auf 370 Mio Dollar. China ist eine besondere Form von Staatskapitalismus: Der Staat spielt noch eine Schlüsselrolle in der Wirtschaft, aber zunehmend entlang kapitalistischer Linien. In HK zieht die CCP die Schrauben immer stärker an. Die Polizei geht schärfer gegen Proteste vor und es gibt mehr Medienkontrollen und Kontrolle über das politische System. Die CCP

den Schulstreik, den wir als erste vorgeschlagen haben. Wir unterstützen Occupy Central und die Idee von Besetzungen.

Aber es gibt große Schwächen in der Strategie der Pro-Demokratie-Führung (Pan-Demokraten). Sie setzen auf Verhandlungen und Kompromisse mit dem Regime. Doch die Diktatur muss die volle Kontrolle behalten. Peking kann zwar Zugeständnisse machen, wenn es genug Massendruck spürt. Aber sie werden nur so weit gehen, das ihre Macht und Kontrolle nicht unterminiert wird. Wenn sie „Eine Person – eine Stimme“ zulassen, könnte jemand gewählt werden, den sie nicht kontrollieren können. Unter Druck einer

mokratische Führung fordert ein System, das „internationalen Standards“ entspricht. Wir erklären, dass die Wahlsysteme in Europa und den USA nicht demokratisch sind, weil sie von den Pro-Sparpolitik Parteien der KapitalistInnen dominiert werden. Für SozialistInnen sind der Schlüssel für Veränderung die ArbeiterInnen. Wir führen in HK eine Kampagne für eine unabhängige Partei der ArbeiterInnenklasse, die revolutionäre Forderungen mit der Notwendigkeit, mit dem Kapitalismus zu brechen, verbindet. In China müssen die pro-kapitalistischen Reformen zurückgenommen werden. Das aktuelle Scheinparlament in HK muss durch eine echte, demokratische Versammlung der ArbeiterInnenklasse ersetzt werden. Diese hat auch die Macht, die großen Unternehmen und Banken zu übernehmen, die Löhne und vor allem den Mindestlohn anzuheben und die Investitionen in Gesundheit und öffentliche Dienstleistungen zu erhöhen. Das hätte ein enormes Echo unter ArbeiterInnen in China – und wenn das passiert, sind die Tage der Ein-Parteidiktatur gezählt.

Sally Tang Mei-Ching,
Socialist Action
(CWI in Hong Kong)
<http://www.socialism.hk/>

Schottland steht auf

Das britische Establishment fuhr beim schottischen Referendum einen leeren Sieg ein. Die Nein-Kampagne konnte nur mit Hilfe von Medienpropaganda, Versprechungen und Panikmache ein Ja verhindern. Ein Ja hätte die Interessen der britischen herrschenden Klasse bedroht – es geht u.a. um Nordseeöl und den Stützpunkt des Nuklearwaffenprogramms Trident. Die Finanzmärkte sind erleichtert, ebenso die EU. 6 Millionen Menschen stimmten für die Unabhängigkeit. Cameron kann also nicht weiterregieren wie vorher. Er wird Zugeständnisse machen müssen. Auch Wales und Nordirland werden mehr Unabhängigkeit fordern. Vor allem aber wird der Widerstand gegen die fortgesetzte Sparpolitik wachsen.

In Wahrheit war die Abstimmung eine soziale Revolte. Tausende Menschen beteiligten sich an Massenkundgebungen für die Unabhängigkeit und gegen das Spardiktat. Besonders hoch war die Unterstützung bei ArbeiterInnen und Jugendlichen – Glasgow und Dundee stimmten mehrheitlich mit Ja. ArbeiterInnen sehen die Unabhängigkeit als Ausweg aus Sparpolitik und fallendem Lebensstandard. Die Durchschnittslöhne sind

Laura Rafetseder

in Schottland seit 2009 um 8 % gefallen. Fast 500.000 ArbeiterInnen verdienen weniger als 10 Euro/Stunde. 870.000 Menschen leben in Armut. Westminster will in den nächsten beiden Jahren weitere 7,7 Milliarden Euro im Sozialwesen kürzen.

Das Referendum schuf die Hoffnung, einen Staat nach eigenen Vorstellungen zu schaffen – und zwar v.a. auch bei sozialen Fragen. Wie geht es nun weiter? Die regierende SNP konzentriert sich auf formale Unabhängigkeit, setzt aber die Sparpolitik um. Die Socialist Party Scotland (CWI in Schottland), eine der aktivsten und v.a. eine sozialistische Kraft im Lager der Befürworter der Unabhängigkeit, stellt dagegen soziale Forderungen ins Zentrum. Die SPS fordert die Verstaatlichung des Ölreichtums, einen existenzsichernden Mindestlohn und ein Ende der Kürzungspolitik. Sie tritt für ein unabhängiges sozialistisches Schottland als Teil einer sozialistischen Föderation ein. Viele mögen enttäuscht über das Ergebnis sein. Sie müssen nun für sozialistische Ideen und eine neue Massenpartei der ArbeiterInnen in Schottland gewonnen werden.

Laura Rafetseder



Stell dir vor, es ist Krieg...

... und alle werden reingesogen. Angesichts des Chaos in der Ukraine haben Viele Angst, dass die Gewalt sich noch weiter

Außenminister Steinmeier (SPD) noch mehr „aktive Außenpolitik“ – also Krieg. Und auch der österreichische Verteidigungs-

zu Märkten und die Verteidigung von Einflussphären für imperialistische Staaten noch nötiger, um die Profite der jewei-

Der Krieg folgt der Wirtschaftskrise – bis nach Europa!

ausbreitet. Doch der Krieg war nie fort aus Europa. In der Propaganda des „Friedensprojekts“ EU und ihrer Vorgänger hört man nichts von den Kriegen am Balkan, im Baskenland, in Nordirland oder vom Zypernkonflikt. Zahlreiche EU-Staaten haben nach 1945 ununterbrochen außerhalb Europas Krieg geführt – von Vietnam über Afghanistan und Irak bis zu den Falkland-Inseln. Nun fordert der deutsche

minister Klug (SPÖ) kann sich ein „stärkeres Engagement“ vorstellen – also Krieg.

Die Wurzel für die Zunahme von Kriegsgefechte und dem Versinken ganzer Länder in Gewalt ist die kapitalistische Krise. Der deutsche Ex-Präsident Köhler musste zurücktreten, nachdem er zugab, dass in Afghanistan deutsche Wirtschaftsinteressen verteidigt werden. In der Krise wird der Zugang

ligen Konzerne zu garantieren. Wenn sich am Balkan größere Protestbewegungen entwickeln, wird auch das österreichische Kapital nach militärischer Intervention schreien. SozialistInnen und KriegsgegnerInnen werden in Zukunft wieder stärker gegen Kriegsgefahr kämpfen müssen, getreu der Devise Liebknechts: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Sebastian Kugler

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

USA: Demo gegen Klimawandel

Am 21.9. fand in New York die größte Demonstration gegen den Klimawandel der Geschichte statt. In den Demonstrationen von New York bis Seattle spielte die „Socialist Alternative“ (CWI in den USA) eine zentrale Rolle. In Seattle wurde die Demonstration maßgeblich von Jess Spear organisiert. Spear ist die Kandidatin der „Socialist Alternative“ für die Wahlen in Washington. „Firmen wie Shell und BP, die mit fos-

silen Brennstoffen Profite machen, gefährden unsere Zukunft. Diese Unternehmen müssen den Händen der milliarden schweren Vorstände entrissen und unter demokratische Kontrolle der Öffentlichkeit gestellt werden. Wir müssen in der Lage sein, demokratisch zu entscheiden, ob wir in Grüne Energie oder fossile Brennstoffe investieren“, so Spear in ihrer Rede.

www.socialistalternative.org

Südafrika: Lokale Proteste

In Südafrika nimmt die vom DSM (CWI in Südafrika) initiierte „Workers and Socialist Party“ eine führende Rolle in Arbeitskämpfen und sozialen Bewegungen ein. Anfang September flammten in der Ortschaft Ga-Nchabeleng Proteste der gesamten Community gegen die Korruption in Zusammenhang mit Geldern für soziale Wohnbau auf. Die von der WASP geführte Bewegung gewann schnell an Dynamik und konnte

sich verbreitern. Hunderte Menschen aus der Nachbarschaft sowie Jugendliche aus dem „Socialist Youth Movement“ schlossen sich an. Unter der Führung der WASP forderte die Bewegung Schritte gegen die Massenarbeitslosigkeit und Geld für die fehlende Infrastruktur in der Region. Die Regionalverwaltung geht mit Gewalt und militarisierten Spezialkräften gegen den Protest vor.

www.socialistsouthafrica.co.za

In Schweden fanden am 14. September Wahlen statt. Die Schwesterpartei der SLP, „Rättvispartiet Socialisterna“ trat in drei Städten an. Aufgrund der führenden Rolle bei lokalen Protesten gegen Kürzungen und bei antifaschistischen Demonstrationen konnte sie trotz der auch durch das Auftreten der Feministischen Initiative erschwerten Lage fast alle Sitze verteilen.

www.socialisterna.org/

Klassenkampf statt Dschihad



Die rassistische Hetze der FPÖ und der Sozialabbau der Regierung treiben Muslime in die Arme des IS!

Einige ÖsterreicherInnen haben sich in den letzten Wochen dem radikalislamischen IS angeschlossen. Staat und Medien nutzten diese Einzelfälle, um Muslime in Österreich unter General-Terrorverdacht zu stellen. Hysterisch wird gefordert, alle Muslime müssten sich vom IS distanzieren – Niemand käme auf die Idee, alle ChristInnen müssten sich von Breivik oder dem Ku-Klux-Klan distanzieren. Menschen aus dem muslimischen Kulturkreis werden, ob sie wollen oder nicht, auf ihre Identität als „Muslime“ reduziert und dafür angegriffen. Gleichzeitig gibt es, auch angefeuert von der Hetze, eine Zuwendung mancher Teile der Bevölkerung mit muslimischen Wurzeln zu reaktionären Ideologien. So jubelten 10.000 dem türkischen Premier Erdogan bei seinem Wien-Besuch zu. Auf Palästina-Demos werden Hamas-Flaggen getragen. Diese Entwicklung gibt es nicht, weil „der Islam“ eine besonders rückständige Religion ist, oder weil Muslime nicht die „demokratische Kultur“ des Westens entwickelt hätten. Sie folgt aus der Situation, in der sich Muslime weltweit

befinden bzw. in die sie gezwungen werden.

Die meisten europäischen der IS-KämpferInnen geben an, dass sie einen Ausweg aus ihrer Perspektivlosigkeit suchen und nicht nur aus religiösen Gründen in den Krieg ziehen. MigrantInnen sind besonders von hoher Arbeitslosigkeit (EU-Durchschnitt Jugendarbeitslosigkeit 23,2 %) sowie Bildungs- und Sozialabbau betroffen. Durch den Mangel an öffentlichen Kindergärten (2010 fehlten in Österreich 44.000 Plätze) müssen Viele auf religiöse Alternativen ausweichen. MigrantInnen werden diskriminiert, schlechter bezahlt und als LohndrückereInnen eingesetzt. Sie werden staatlich unterdrückt, etwa durch Verweigerung grundlegender demokratischer Rechte. Zusätzlich wird ohne Unterbrechung in Politik und Medien gegen MigrantInnen aus dem muslimischen Kulturkreis gehetzt und die Gefahr der „Islamisierung“ beschworen.

Die Kriege im Irak und der permanenten Drogenkrieg in anderen muslimisch geprägten Ländern werden als Krieg gegen den Terror getarnt. In

Wirklichkeit geht es darum, westliche Profitinteressen, z.B. nach Öl und anderen Ressourcen, durchzusetzen. Dabei gehen westliche „Demokratien“ über die Leichen tausender Muslime. Der Gazastreifen ist das größte Freiluftgefängnis der Welt. Es entsteht der Eindruck, dass muslimisches Leben weniger wert sei als z.B. christliches.

Es ist verständlich und richtig, dass Muslime eine Möglichkeit suchen, sich gegen diese Unterdrückung zu wehren. Religion stellt hier eine Scheinalternative zur grausamen kapitalistischen Realität dar, sie ist „Stoßseufzer der unterdrückten Kreatur, Herz einer herzlosen Welt, Seele in seelenlosen Zuständen“ (Marx). Außerdem versprechen Organisationen wie der IS, gesponsert durch arabische Oligarchen, gerade jungen Muslimen durch ein Söldnergehalt einen Ausweg aus Armut. IS Kämpfer verdienen bis zu 400 USD und werden teilweise mit dem Versprechen eines BMW angeworben. In der Praxis dient Religion jedoch meistens zur Rechtfertigung der Herrschenden und ihrer Zu-

stände. Erdogan tarnt seine arbeiterInnenfeindliche Politik, indem er sich als Beschützer von Muslimen präsentiert. Bush rechtfertigte seine Kriege als von Gott gewollt. Auch IS macht Millionenprofit aus Öl. Gottesstaaten, egal ob das christliche Dörfchen-Regime oder die Mullah-Diktatur im Iran, sind nicht das Paradies auf Erden – sondern reaktionäre Strukturen, die ArbeiterInnenbewegung, Andersgläubige und Frauen brutal unterdrücken.

In weiten Teilen Europas und auch im Nahen Osten fehlt es an starken linken Bewegungen/Parteien, die Ausbeutung und Imperialismus mit einem gemeinsamen Kampf gegen die Ursachen der Unterdrückung und mit einem sozialistischen Programm beantworten. Somit wandert der Blick mancher Muslime vermehrt in Richtung erzreaktionärer Organisationen wie IS oder Hamas, die scheinbar für Muslime kämpfen. Zentral ist auch die Niedergangphase des „Arabischen Frühlings“. Die Revolutionen in Tunesien, Syrien, Ägypten usw. begeisterten weltweit Millionen Muslime, egal ob Shia oder Sunni. Mangels

bewusster revolutionärer Führung wurden sie jedoch einerseits brutal niedergeschlagen, andererseits von fundamentalistischen Kräften übernommen, beides mit Unterstützung des Westens. Eine erfolgreiche soziale Revolution in einem der Länder hätte nicht nur den Fundamentalismus in der ganzen Region zurückgedrängt. Sie wäre auch ein fortschrittliches Leuchtfeuer der Hoffnung für Muslime weltweit.

Um die Einheit von ArbeiterInnen herzustellen und rechter und religiöser Ideologie entgegenzuwirken, braucht es ein Programm, das den gemeinsamen Kampf von Menschen verschiedenster religiöser Einstellungen nach vorne stellt. Statt Terror-Generalverdacht braucht es z.B. Ausbau der öffentlichen Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, Schaffung von Arbeitsplätzen durch die öffentliche Hand und gleiche Rechte für alle. Und die Unterstützung von Linken und ArbeiterInnen im arabischen Raum, um eine Alternative zu Fundamentalismus und Imperialismus aufzubauen.

Christoph Glanninger

SLP-Programm genau erklärt:

Alle Konsum- und Massensteuern abschaffen!

Rund die Hälfte der Steuereinnahmen stammen aus Verbrauchssteuern, darunter Umsatz-, Tabak- und Mineralölsteuer. Die Besteuerung von Konsum ist extrem unsozial, da der zu zahlende Betrag für alle gleich hoch ist – unabhängig vom Einkommen. Berechnungen wie z.B. von respekt.net gehen daher auch davon aus, dass Konsumsteuern bis zu 34 % des verfügbaren Einkommens auffressen können. Nun wird Konsumsteuern oft ein „Lenkungseffekt“ angedichtet. Menschen würden

z.B. gesünder leben, wenn Rauchen höher besteuert wird. Doch der größte Teil des Konsums ist selbst für sehr genügsame Menschen unverzichtbar. Für Wohnen z.B. gilt eine Umsatzsteuer von 10 %.

Massensteuern bedeuten Umverteilung von unten nach oben.

Aufs Auto sind viele angewiesen, und Rauchen ist ungesund, aber eben auch eine Sucht. Durch eine höhere Besteuerung von z.B. Tabak oder Benzin wird aufgrund der Masse der Zahlenden zwar mehr Steuer eingenommen, aber an den Gründen, warum Menschen Autofahren (müssen) oder süchtig sind ändert sich nichts und damit gibt es auch keinen Lenkungs-

effekt. Ein Verzicht aufs Auto wird erwiesenermaßen durch niedrigere Öffipreise, nicht durch höhere Benzinpreise erreicht.

Der Kampf für eine Steuerreform löst die Ausbeutung im Kapitalismus nicht, kann aber Bewusstsein schaffen und Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse erreichen. Eine „soziale“ Steuerreform muss das Thema Verbrauchssteuern offensiv aufgreifen. Eine starke Progression (höhere Steuersätze für höhere Einkommen) bei der Einkommensbesteuerung ist notwendig, reicht aber nicht, da das System der Massensteuern eine massive Umverteilung von unten nach oben bedeutet. Die SLP fordert daher die komplette Abschaffung aller Konsumsteuern!

Darum bin ich bei der SLP

Vor einigen Jahren hatte ich aufgehört Zeitungen zu lesen, da mich der Blick in unsere Welt schon depressiv machte. Das politische Geschehen kommt einem vor wie eine große Verschwörung. Man fühlt sich absolut hilflos, gepaart mit einer Hoffnung, dass sicher irgendwie bald alles besser wird. Seitdem ich mich mit Marxismus beschäftige, und dadurch auf die SLP gestoßen bin, habe ich ge-

lernt, Vorgänge in Politik und Wirtschaft zu verstehen. Die SLP gab mir wieder Perspektiven für die Zukunft, indem sie aufzeigt, wie man als kleiner Teil der großen Masse etwas gegen die Herrschenden unternehmen kann. Was mir unter anderem an der SLP sehr gut gefällt, ist die internationale Zusammenarbeit mit den anderen Sektionen auf der ganzen Welt. Außerdem gefällt mir, dass

jede und jeder bei Diskussionen ihren bzw. seinen geistigen Beitrag leisten kann und auch soll. Bei diesen wird in klarem, einfachen Deutsch kommuniziert, was es Leuten wie mir, die nicht von der Universität, sondern aus der Fabrik kommen, ermöglicht, den Diskussionen zu folgen und daran teilzuhaben.

**Thomas Hauer,
31 Jahre, Industriearbeiter
aus Niederösterreich**

Sri Lanka: Spendet für die USP – gegen die Unterdrückung der Tamillnnen

In Sri Lanka tritt die United Socialist Party (USP) seit vielen Jahren für die Rechte der unterdrückten Tamillnnen ein. Dabei wird sie vom immer diktatorischeren singhalesischen Staat angegriffen. Vor kurzem wurde eine Motorrad-Demonstration brutal von buddhistischen Mönchen der dem Staat nahestehenden

den BBS attackiert. Es gibt Verletzte und beträchtlichen Schaden.

Daher die Bitte an unsere LeserInnen: spendet großzügig! Die Spitalskosten der Verletzten betragen 77.-, die Reparatur des zerstörten Tuk-Tuk (dreirädiges Motorgefäßt) kostet 111.- Jede Spende hilft!



**Spenden bitte mit dem Verwendungszweck: Sri Lanka USP auf dieses Konto:
IBAN: AT2560000000
8812733
BIC: OPSKATWW**

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15., Preysinggasse 26–28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Wien-Nord
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Bäckerei Sesam'
20., Wallensteinstr. / Treustraße
(Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Mitte
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im 'Kebab-Haus'
4.; Operngasse 26
(Nähe U1/U2/U4 Karlsplatz)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



Die linke deutsche Tageszeitung „Junge Welt“ berichtete über das diesjährige Volksstimfest. Dabei erwähnte sie auch die Arbeit der SLP gegen den 12-Stundentag und interviewte SLP-Aktivistin Sonja Grusch. Am Fest selbst verkauften wir trotz miesem Wetter über 100 VORWÄRTS und sammelten 160 Unterschriften gegen den 12-Stundentag. Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: Alles Inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Flüchtlinge: Helfen statt Hetzen!

Eine der größten humanitären Krisen seit 1945 braucht klare Lösungen – keine halbherzigen Versuche.

Die Lage im Nahen und Mittleren Osten streben einem neuen Höhepunkt entgegen. Neben dem brutalen Bürgerkrieg in Syrien ist die größte unmittelbare Gefahr in Syrien, Kurdistan und dem Irak der IS. Als Konsequenz von Terror und Massakern sind Hunderttausende auf der Flucht, vor allem in die Türkei und den Libanon, nur wenige schaffen es auch weiter nach Europa. Doch die EU will auf diese Flüchtlinge nicht vorbereitet sein. Die Regierungen reagieren dilettantisch auf die neuen Herausforderungen: Haben sie doch vorher mitgeholfen, gegen MigrantInnen zu hetzen und sie zu kriminalisieren, wollen sie auch jetzt nicht für sie zuständig sein und

verstecken sich hinter ihrer Untätigkeit.

Nötig ist die Einbindung der Menschen und Gemeinden in die Entscheidungen bei gleichzeitiger Lösung sozialer Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Außerdem muss die Unterbringung von Flüchtlingen in von der öffentlichen Hand betriebenen Einrichtungen und Unterstützung durch qualifiziertes Personal gewährleistet werden. Die Vergabe von veralteten Unterkünften zur Geldmacherei Privater muss ein Ende haben. Finanziert kann dies u.a. durch die Enteignung jener Unternehmen werden, die durch Geschäfte mit IS (Waffen, Erdöl etc.) Profite machen. **Clemens Wiesinger**



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.